

15/11/2011, Website des Irakischen Ministeriums für Migration und Vertriebene

Irak: Migrationsministerium lehnt Abschiebungen aus EU erneut ab

Vizeminister: Wir werden in der EU Konferenzen abhalten, um das Problem zu lösen

Das Ministerium für Migration und Vertriebene hat erneut seine Ablehnung gegenüber zwangsweisen Abschiebungen von Irakern erklärt, die sich in den Ländern der EU aufhalten. Das Ministerium rief diese Staaten dazu auf, die Iraker besser zu behandeln. Der stellvertretende Minister, Dr. Salam Al-Khafaji, sagte, die Abschiebung von Irakern aus Staaten der EU, insbesondere Schweden, der Schweiz, Norwegen und den Niederlanden, werde abgelehnt und sei nicht akzeptabel. Denn das Ministerium wünsche, dass die im Ausland befindlichen Iraker freiwillig zurückkehrten. Al-Khafaji rief diese Staaten dazu auf, die Iraker besser zu behandeln, selbst wenn sie auf illegale Weise eingereist oder ihre Asylanträge abgelehnt worden seien. Sie sollten nicht auf unangemessene Weise abgeschoben werden.

Al-Khafaji erklärte weiter, durch den Minister, Dendar Najman Duski, werde man Konferenzen und Treffen mit den Verantwortlichen in den Ländern der Europäischen Union abhalten. So wolle man für das Problem der zwangsweisen Abschiebung der Iraker Lösungen finden, beziehungsweise die Abschiebungen verschieben, bis für die Menschen angemessene Bedingungen vorhanden seien, d.h. Wohnungen und Jobs. Das Ministerium wolle dies mittels seiner Sonderprogramme für zurückkehrende Familien realisieren; man wolle auch an das Finanzministerium herantreten, um von dort Unterstützung dafür zu erhalten.

Zu den Gründen, aus denen die europäischen Staaten die Iraker zwangsweise abschieben, sagte Dr. Al-Khafaji, entweder sei der Betreffende auf illegale Weise in ein Land der EU eingereist, oder der Betreffende habe Probleme, oder sein Asylantrag sei abgelehnt worden.

Übersetzung aus dem Arabischen

Dieses Übersetzungsprojekt wird unterstützt vom AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg.